

Bürgerbegehren: Unterschriften werden weiter gesammelt!

- Trotz Unzulässigkeitserklärung werden weiter Unterschriften gesammelt
- Juristen der IFI hatten die Bürgerbegehren im Vorfeld geprüft und für zulässig befunden
- Dachverband geht davon aus, dass Widerspruch erfolgreich sein wird

8. April 2016

Die Initiatoren des Dachverbandes IFI wollen trotz der Unzulässigkeitserklärung durch das Bezirksamt Nord in allen Bezirken weiter Unterschriften für die Bürgerbegehren sammeln. Dazu Klaus Schomacker, Sprecher des Dachverbandes: "Alle Hamburger können und dürfen gerne unterschreiben. Denn wir sind überzeugt: Die Bürgerbegehren sind zulässig! Unsere Juristen haben das natürlich im Vorfeld überprüft. Ansonsten hätten wir die Bürgerbegehren gar nicht angemeldet. Daher werden überall weiter Unterschriften gesammelt."

In den letzten Tagen waren in allen Hamburger Bezirken Bürgerbegehren zum Stopp der ungebremsten Bautätigkeit an Großunterkünften eingereicht worden. Der Dachverband IFI geht dabei davon aus, dass ein Widerspruch gegen die Entscheidung des Bezirksamts Nord erfolgreich sein wird. Zunächst hatten allerdings alle anderen Bezirke dessen Entscheidung übernommen.

Allerdings steht eine genaue Begründung der Ablehnung durch die Bezirke noch aus. Ein ungewöhnlicher Ablauf, stellt Klaus Schomacker fest: „Es ist ein normaler Vorgang, dass eine Zulassungsprüfung nach Anzeige eines Bürgerbegehrens erfolgt. Es ist allerdings kein normaler Vorgang, dass Bezirksämter sich gegenüber der Presse äußern, bevor eine begründete Entscheidung gefallen ist. Das hat uns schon irritiert.“

Der Dachverband wartet jetzt auf die Übermittlung der genauen Gründe und dann werden sich die Juristen der Initiative eingehend mit diesen beschäftigen.

„Hoffentlich lassen sich die Menschen in den Bezirken nicht verunsichern! Wir haben gültige Anmeldungen abgegeben, gehen insgesamt von gültigen Bürgerbegehren aus und wenn wir das juristisch durchsetzen, dann sind auch alle jetzt gesammelten Unterschriften gültig und wirksam“, ergänzt Klaus Schomacker.

Zum Hintergrund

Im Rahmen der Volksinitiative „Hamburg für gute Integration“ wurden in der Zeit vom 26. Februar bis zum 2. März 2016 in nur knapp 5 Tagen über 26.000 Unterschriften gesammelt. Sowohl Vizekanzler Sigmar Gabriel als auch Bundesbauministerin Dr. Barbara Hendricks haben sich zuletzt öffentlich für kleine Einheiten bei der Flüchtlingsunterbringung bzw. für einen gemischten Wohnungsbau anstelle von Flüchtlingswohnungsbau ausgesprochen.